

577764-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau – Planungsleistungen
Grundhafter Ausbau der Bodestraße in Staßfurt
OJ S 160/2026 20/08/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Salzstadt Staßfurt

E-Mail: vergabestelle@stassfurt.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planungsleistungen Grundhafter Ausbau der Bodestraße in Staßfurt

Beschreibung: Planungsleistung für Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke LPH 1 - 9

Kennung des Verfahrens: a2f7a160-8cc1-4d2d-907c-c06d4d7123f8

Interne Kennung: 018-60-26-VgV

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Staßfurt

Land, Gliederung (NUTS): Salzlandkreis (DEE0C)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Zum Nachweis Ihrer Fachkunde und Leistungsfähigkeit (Eignung) und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen werden Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) gefordert. Grundsätzlich sind Eigenerklärungen vorzulegen (§ 48 Abs. 2 VgV). Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot vorzulegen: - Nachweis der Eignung und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen durch Vorlage der im amtlichen Verzeichnis oder dem Zertifizierungssystem niedergelegten Unterlagen und Angaben, sofern der Bewerber oder Bieter in einem amtlichen Verzeichnis eingetragen ist oder über eine Zertifizierung verfügt, die jeweils den Anforderungen des Artikels 64 der Richtlinie 2014/24/EU entspricht, oder die nachfolgend im Einzelnen genannten Unterlagen. - Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach den §§ 123 und 124 GWB sowie über das Nichtvorliegen der Voraussetzungen nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) und nach § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) für einen Ausschluss vom Vergabeverfahren, mittels Vordruck in den

Ausschreibungsunterlagen; - Erklärung über den Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Der jährliche Umsatz muss die doppelte Auftragshöhe überschreiten. (§ 45 Abs. 4 VgV) - Eine vollständige Kopie des Berufsregistrauszuges (Ingenieur- bzw. Architektenkammer), je nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist (§ 44 Abs. 1 VgV) - Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, nicht älter als 6 Monate ab Submissionsdatum - Erklärung über die Höhe der Betriebshaftpflicht zur Abdeckung aller Schadensersatz und/oder Regressansprüche mit folgenden Deckungssummen: Die Mindestdeckungssumme beträgt: • 1.500.000,00 € bei Personenschäden • 250.000,00 € bei Sachschäden • 250.000,00 € bei Vermögensschäden jeweils 2-fach maximiert. Vor Zuschlagserteilung muss die Versicherungspolice mit den geforderten Deckungssummen in der Vergabestelle vorliegen. - Mindestens drei geeignete und mit der Ausschreibung vergleichbare, in den letzten 10 Jahren erbrachte, Referenzen mit folgenden Angaben: • Kurze Beschreibung des Referenzprojekts/ -objekts mit Benennung der durchgeführten Arbeiten (Angabe von durchgeführten Arbeiten in Mengen, aufgegliedert nach Aufgabenstellung der hier, mit dieser Ausschreibung geforderten Leistung), • Name und Adresse des Referenzauftraggebers sowie Benennung einer Telefonnummer, • Zeitraum der erbrachten Leistungen • Auftragswert in Euro pro Jahr gemäß dem beigefügten Vordruck (diese sollten mindestens die Größenordnung der ausgeschriebenen Leistung entsprechen und mit dieser vergleichbar sein). Bitte beachten Sie, dass mindestens drei Referenzen je erbrachte Leistungen (Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke) aufzuführen sind. - Benennung der mit der Projektleitung betrauten Person. Sofern es sich nicht um den Büroinhaber handelt, ist die Qualifikation anhand eines Studiennachweises nachzuweisen sowie eine mindestens 5 jährige Berufserfahrung zu bestätigen. - Eigenerklärung zu 5. EU Sanktionspaket RUS Sanktionen) gemäß dem beigefügten Vordruck Ausländische Bieter haben entsprechende Bescheinigungen des jeweiligen Herkunftslandes vorzulegen. Wird eine solche Bescheinigung in dem betreffenden Land nicht ausgestellt, so kann sie durch eine eidesstattliche Erklärung ersetzt werden. In Staaten, in denen es einen derartigen Eid nicht gibt, kann dieser durch eine förmliche Erklärung ersetzt werden, die ein Vertreter des betreffenden Unternehmens vor einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder einer dazu bevollmächtigten Berufs- oder Handelsorganisation des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters abgibt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Grundhafter Ausbau der Bodestraße in Staßfurt

Beschreibung: Planungsleistung für Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke LPH 1 - 9

Interne Kennung: 018-60-26-VgV

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Salzlandkreis (DEE0C)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 19/10/2026

Enddatum der Laufzeit: 15/03/2027

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,#Besonders auch

geeignet für:selbst#,#Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über den Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (§ 45 Abs. 4 VgV). Der jährliche Umsatz muss die doppelte Auftragshöhe überschreiten.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eine vollständige Kopie des Berufsregisterauszuges, je nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist (§ 44 Abs. 1 VgV)

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: - Mindestens drei gleichwertige, von verschiedenen Auftraggebern geeignete, in den letzten 10 Jahren erbrachte, Referenzen mit folgenden Angaben: • Kurze Beschreibung des Referenzprojekts/ -objekts mit Benennung der durchgeführten Arbeiten (Angabe von durchgeführten Arbeiten in Mengen, aufgegliedert nach Aufgabenstellung der hier, mit dieser Ausschreibung geforderten Leistung), • Name und Adresse des Referenzauftraggebers sowie Benennung einer Telefonnummer, • Zeitraum der erbrachten Leistungen • Auftragswert in Euro pro Jahr gemäß dem beigefügten Vordruck (diese sollten mindestens die Größenordnung der ausgeschriebenen Leistung entsprechen und mit dieser vergleichbar sein). Bitte beachten Sie, dass mindestens drei Referenzen je erbrachter Leistung (Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke) aufzuführen sind.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über die Höhe der Betriebshaftpflicht Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die Dauer des Vertrages zur Abdeckung aller Schadensersatz und/oder Regressansprüche eine Haftpflichtversicherung in einer solchen Höhe abzuschließen, die den Gegebenheiten – auch nach eingetretenen Änderungen – in vollem Umfange Rechnung trägt. Die Mindestdeckungssumme beträgt: • 1.500.000,00 € bei Personenschäden • 250.000,00 € bei Sachschäden • 250.000,00 € bei Vermögensschäden Ein Nachweis (Police) ist vor Zuschlagserteilung einzureichen.

Kriterium: Anzahl der Führungskräfte

Beschreibung des Eignungskriteriums: Benennung der Person, die für die Projektleitung zuständig sein wird. Bestätigung, dass diese Person über eine mindestens 5 jährige Berufserfahrung bei der Planung von Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke LPH 1 - 9 verfügt. Sowie Einreichung des entsprechenden Qualifikationsnachweis dieser Person.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen nicht älter als 6 Monate

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Angebotspreis

Beschreibung: 100 %

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=884022>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=884022>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 21/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 30 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Von der Nachforderung ausgeschlossen sind Unterlagen, welche die angebotene Leistung beeinflussen sowie das Angebotsschreiben.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: VOL/B

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Landesverwaltungsamt Halle

Informationen über die Überprüfungsfristen: 15 Kalendertage nach Absendung der Vorinformation nach § 134 GWB an unterlegene Bewerber ist der Vertragsschluss möglich (§ 134 Abs. 2 GWB). Wird die Vorabinformation auf elektronischem Wege versendet, verkürzt sich diese Frist auf 10 Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber. § 160 GWB findet Anwendung. Die Vorschrift lautet auszugsweise: "(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein, (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem AG nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem AG gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem AG gerügt werden, 4) Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des AG, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind." Der Auftraggeber weist darauf hin, dass der Bieter wegen des Akteneinsichtsrechts aller Beteiligten eines Nachprüfungsverfahrens nach § 165 Abs. 1 GWB damit rechnen muss, dass sein Angebot von den Beteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Daher liegt es in seinem Interesse, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe nach § 165 Abs. 2 GWB für eine Versagung der

Akteneinsicht hinzuweisen und betroffene Angebotsteile kenntlich zu machen (Geheimnisse, insbesondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse). Zur Durchsetzung seiner Rechte muss sich der Bieter an die Vergabekammer wenden. Die Bieter haben sich unmittelbar nach Abruf der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Sind die Unterlagen unvollständig oder enthalten sie nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter den Auftraggeber vor der Abgabe der Unterlagen unverzüglich per E-Mail oder über das evergabe Portal darauf hinzuweisen. Alle Hinweise und sonstige Nachfragen sind ausschließlich per E-Mail oder über das evergabe-Portal an die unter 1.1 benannten Ansprechpartner zu richten. Etwaige Bieterinformationen mit Erläuterungen oder Änderungen an den Vergabeunterlagen wird der Auftraggeber über seinen Ausschreibungsdienst elektronisch unter <https://evergabe.sachsen-anhalt.de> (<https://evergabe-online.de>) bereitstellen. Unternehmen müssen sich dort selbstständig über etwaige eingestellte Bieterinformationen informieren.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Salzstadt Staßfurt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Salzstadt Staßfurt

Organisation, die Angebote bearbeitet: Salzstadt Staßfurt

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Salzstadt Staßfurt

Registrierungsnummer: DE165142504

Postanschrift: Hohenerxlebener Str. 12

Stadt: Staßfurt

Postleitzahl: 39418

Land, Gliederung (NUTS): Salzlandkreis (DEE0C)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@stassfurt.de

Telefon: +49 3925 981226

Fax: +49 3925 981208

Internetadresse: <https://www.stassfurt.de/>

Profil des Erwerbers: <https://www.evergabe-online.de/start.html?0&cookieCheck>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Landesverwaltungsamt Halle

Registrierungsnummer: t:03455141536

Stadt: Halle (Saale)

Postleitzahl: 06112

Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)

Land: Deutschland

Telefon: +49 345 514-0

Internetadresse: <https://lvwa.sachsen-anhalt.de/das-lvwa/wirtschaft-bauwesen-verkehr/wirtschaft/vergabekammern>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: bd0d93aa-bf96-488c-b227-08d99402b5f9 - 06

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 19/08/2026 11:21:42 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 577764-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 160/2026

Datum der Veröffentlichung: 20/08/2026